

Senkung der Personalkosten der Verwaltung ist nicht geplant

Die konzeptlose Politik der Bundesregierung und der EU in der Flüchtlingskrise bürdet uns Lasten auf, die an die Grenzen des Möglichen gehen. Nun kommt auch noch dazu, dass die Kommunen gemäß dem letzten Urteil des BSG die Sozialleistungen an hier lebende EU-Bürger leisten müssen.

Der Bund lässt die Kommunen die Rechnung für die ausufernde Sozialpolitik bezahlen.

Der Rat hat nun die Aufgabe, einen Haushalt 2016 zu verabschieden, dessen Einnahmen und Ausgaben so unwägbar sind wie ein Lotteriespiel.

Der im November 2015 vorgelegte Haushalts-Entwurf ist jetzt ergänzt durch verschiedene Tabellen und Listen, die in einer „Änderungsliste zum Haushaltsentwurf“ zusammengefasst wurden. Dies erleichtert nicht die Übersichtlichkeit.

Die Prognosen für die kommenden Jahre wurden nicht geändert.

Die prognostizierten **Einnahmen** sind um 2,2 Mio. € höher angesetzt.

im Wesentlichen durch:

- 918 T€ vom Land als Zuschuss für Asylbewerber
- 500 T€ Erhöhung der Umlage der Einkommensteuer
- 250 T€ höhere Gewinnausschüttung des AquaMagis (850 T€ von geplanten 865 T€)
Hier erhebt sich erneut die Frage, warum die 2,2 Mio **Subvention der Stadtwerke** geleistet werden, um dem Vergnügen der überwiegend auswärtigen Besucher zu dienen. Der Haushalt könnte diesen Betrag gut gebrauchen.
- Der Ansatz für die **Gewerbsteuer** von 24 Mio. € ist sehr optimistisch. Das IFO-Institut sieht eine Eintrübung der Deutschen Wirtschaft voraus.

Die vorhersehbaren **Ausgaben** sind um 1,7 Mio. € tiefer angesetzt wurden.

- 174 T€ durch die Senkung der Kreisumlage
- 1,15 Mio. € Einsparung für Asylbewerber

Die Senkung der **Kosten für Asylbewerber** ist nicht nachzuvollziehen, da es bisher keine glaubhafte Lösung zur Reduzierung des Flüchtlingsstromes zu erkennen sind und die Landesregierung die Abschiebung von Asylanten boykottiert.

Schon im ersten Entwurf waren die **Zuwendungen für das Krankenhaus** mit 350 T€ zu niedrig angesetzt. Sie werden noch einmal um 5 T€ gesenkt. Die Erfahrung aus der Vergangenheit lehrt, dass 600 T€ nötig sind um die Verluste auszugleichen.

Eine **Senkung der Personalkosten** der Verwaltung ist nicht geplant. Diese betragen 19 Mio. €, das entspricht 24% der Einnahmen. Es gibt 312 Stellen, d.h. 13 Stellen je Einwohner. Dieser Wert liegt 20% über dem obersten Benchmark vergleichbarer Gemeinden. Es werden lediglich die Rückstellungen für Personal und die Fortbildungskosten um 60 T€ reduziert, also die Probleme in die Zukunft verschoben.

Verschiedensten Positionen wurden um mehr oder minder große Beträge gekürzt. Es ist abzusehen, dass im Laufe des Jahres an diesen Stellen das Geld nicht reicht und durch Eilanträge zusätzlich bewilligt werden muss.

Der heute vorgelegte Haushalt ist so gerechnet, dass die begründete Vermutung besteht, dass hier ein Haushalt gestrickt wurde, der knapp an der Haushalts-Sicherung vorbeischrappen soll.

Wobei die Überlegung gestattet sei, ob dies nicht ein gangbarer Weg ist, **unsinnige Investitionen** zu stoppen. Ich denke hier an die Aussichtsplattform auf der Fischbauchbogenbrücke.

Das Geld für alle Investitionen muss geliehen werden. Die Verschuldung der Stadt erhöht sich. Es ist nicht zu erkennen, dass ein Mehrwert oder ein Nutzen für die Stadt entsteht. Im Gegenteil werden die Folgekosten uns in der Zukunft nicht unerheblich belasten.

Außerdem sollen die zulässigen Kassenkredite auf 20 Mio. € erhöht werden. Damit ist die Verpflichtungserklärung des Rates aus dem Jahr 2014 Makulatur, denn das Versprechen, mittelfristig die Schulden zu senken, ist nicht zu halten.

Auch der Sinn des Neubaus der Lenne-Promenade und der zugehörigen Terrasse ist, bis auf die Befestigung des Parkplatzes am Gertrud-Bäumer-Berufskolleg, nicht nachvollziehbar. Glücklicherweise ist bereits beabsichtigt, die „künstliche Renaturierung“ der Lenne (570 T€) in die Zukunft zu verschieben.

Es bleibt auch die Hoffnung, dass der Mangel an flüssigen Geldmitteln den Bau des Radwegs nach Landemert verhindert.

Um das selbst gesetzte Kreditlimit nicht noch weiter zu überschreiten, werden wichtige **Instandhaltungen der Kanäle** und der **Sanierung von Straßen und Plätzen in die Zukunft verschoben**. Dadurch verschlechtert sich deren Zustand der Infrastruktur, der erforderliche Reparaturaufwand wird größer.

Die nächste geplante **Großinvestition** ist die Belebung der Innenstadt durch ein „Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept“, abgekürzt **ISEK**

Plettenberg erlebt, wie hunderte anderer Städte auch, einen Rückgang der Zahl der Einzelhandelsgeschäfte in der Innenstadt. Das offizielle Bestreben ist, wieder mehr Geschäfte in der Innenstadt anzusiedeln und dadurch die Innenstadt zu beleben.

Es wird jedoch der Bau eines Einkaufszentrums am Rande der Innenstadt beschlossen, Kaufkraft aus dem Innenstadtkern wird abgezogen. Eine der zwangsläufigen Folgen, die auch in der GMA-Auswirkungsanalyse vorhergesehenen war, ist die angekündigte Schließung des **real,-** Marktes am Maiplatz. Hoffentlich bewahrheiten sich die Mutmaßungen, dass sich ein neuer Ankermieter gefunden hat, ansonsten wären die Folgen für die Innenstadt fatal.

Weil wieder einmal Geld der Landesregierung lockte, wurde das **ISEK** in Angriff genommen. Dieses Konzept soll die Innenstadt sanieren, sieht also eine Verschönerung der Innenstadt vor.

Bei einem Gesamtvolumen von 6,9 Mio sollen allein für Planungskosten und Gutachter 874 T€ ausgegeben werden. Jährlich entstehen laufende Kosten für die „begleitenden Maßnahmen“ von 167 T€ für „Innenstadtmanager“ und dergleichen, obwohl wir schon einen Stadtmarketing-Manager haben.

Es bietet jedoch keinerlei Vorschläge, Einzelhändlern zu erklären, warum sie ein Geschäft in der Innenstadt eröffnen sollen. Eine neue Pflasterung, Wasserspiele und Blumenschmuck werden zwar das Bild der Innenstadt verändern, ob es dadurch wirklich schöner wird bleibt abzuwarten.

Das erste vorliegende Gutachten, das Parkraumgutachten, ist das Papier nicht wert auf dem es geschrieben ist. Die wesentliche Feststellung ist, dass nachmittags die Parkplätze der Innenstadt gut ausgelastet sind. Berechtigte Interessen des Einzelhandels in der Altstadt werden im Gutachten komplett ignoriert. Das die vorgeschlagene Parkpalette an der Brachtstraße zur Innenstadtbelebung oder –Verschönerung beitragen soll ist für mich nicht nachvollziehbar.

Kommen wir mit einem solchen Gutachten wirklich weiter?

Jetzt warten wir auf den Gewinner des Architekten-Wettbewerbes und dessen Vorschläge. Der Gewinner wurde im „stillen Kämmerlein“ von einem „Gremium“ ausgewählt. Öffentlichkeitsarbeit sieht anders aus!

Müssen wir nicht selber Ideen haben, wie wir die Innenstadt mit einem anderen Konzept attraktiv gestalten können, mit dem wir das in allen Klein- und Mittelstädten stattfindenden Sterben der Einzelhändler entgegenwirken können?

Das Argument, dass für alle diese Dinge Gelder vom Land fließen, kann nicht gelten:

Alles Geld, das wir ausgeben ist das Geld unserer Bürger. Wir müssen es sinnvoll verwalten.

Ich werde diesem Haushalt nicht zustimmen, weil er von zu hohen Einnahmen und zu niedrigen Ausgaben ausgeht, Projekte beinhaltet, die wir uns nicht leisten können, die Verschuldung steigert und keine aktualisierten Aussagen über die Haushaltsansätze der nächsten Jahre macht.

Diethardt Küppers, parteilos